Südschleswigscher Wählerverband



Speech 125 Kiel, 16.05.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80 Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76 24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300 Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Wir brauchen einen frischen Wind in Europa!

Europa-Erlebnis für alle: Das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ sollte für faire Zugangsmöglichkeiten, Flexibilität und Freude an der Mobilität stehen. Dazu gehört auch, dass dem Schulbereich und der beruflichen Bildung die gleiche Aufmerksamkeit zuteilwird, von der Akademiker bereits sehr erfolgreich profitieren.

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 19 - Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung (Drs. 19/1434)

Das Erasmus+ Programm ist eine große Erfolgsgeschichte – in diesem Punkt sind wir uns, denke ich, alle einig. Daher gilt es, auch das Nachfolgeprogramm ab 2021 weiter voranzutreiben und das Portfolio noch gezielter auszubauen.

Wir stehen kurz vor zukunftsweisenden Wahlen und insbesondere die jungen Europäer fragen sich – und uns – zurecht, was Europa ihnen konkret bieten kann. Das Erasmus+ Programm ist diesbezüglich ein zentrales Instrument: Erasmus+ bedeutet Europa zum Anfassen, zum Erleben, zum Zusammenwachsen – und damit eine enorm wertvolle Investition in unserer aller Zukunft. Dem SSW liegt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EU, der kulturelle Austausch und der Anspruch auf umfassende Bildung traditionell stark am Herzen. Mit unserem Antrag wollen wir diese Punkte so kurz vor der Europawahl nochmals hervorheben und Ideen einbringen, wie Europa für junge Erwachsene noch nahbarer und attraktiver gemacht

werden kann – insbesondere für Auszubildende und im Schulalltag.

Denn bei "Erasmus+" denken die meisten wohl zunächst an das Austauschprogramm für Studierende. Dies ist großartig und ich möchte dessen Ruhm an dieser Stelle auch gar nicht schmälern – dennoch müssen wir auch erkennen, dass die anderen Unterprogramme im Vergleich deutlich weniger präsent sind und teilweise nicht von denselben Gestaltungsmöglichkeiten profitieren. Ich habe dies ja bereits in der Begründung des Antrages dargelegt. Hier müssen wir ansetzen – denn berufliche und akademische Bildung sollte in unseren Augen gleichwertig behandelt und gefördert werden. Tatsache ist, dass Auszubildende deutlich seltener die Option eines Auslandsaufenthaltes wählen als Studierende. Tatsache ist auch, dass viele Lehrkräfte sich die Programmbetreuung ohne eine entsprechende Fortbildung seltener zutrauen, wodurch die Förderungsprogramme auch im Schulbereich weniger bekannt sind, als sie sein sollten. Dies können wir uns in Zeiten der Europa-Skepsis und des Fachkräftemangels nicht erlauben. In unserem gern zitierten Nachbarland Dänemark sind Austauschprogramme an Schulen im Rahmen von Erasmus+ bereits seit geraumer Zeit gang und gäbe, hierzulande hingegen noch weitgehend unbekannt. Ähnlich verhält es sich mit Anerkennungsmöglichkeiten von Doppel-Abschlüssen in Ausbildungsberufen. Eine Anpassung der Ausbildungsverordnung halten wir daher für unumgänglich, wenn wir qualifizierte Absolventen anwerben und langfristig halten wollen.

Unumgänglich ist im Übrigen auch eine Vereinfachung der Verfahrensprozesse. Dies ist ja keine neue Idee, sondern wurde bereits von vielen Seiten gefordert. Ein gewisses Maß an Bürokratie ist notwendig, das ist klar – dennoch dürfen die Programminteressierten nicht mit all den teilweise sehr komplexen Formularen und Papieren "zugeschüttet" und dann allein gelassen werden. Dies wirkt abschreckend, nicht attraktiv. Es muss insgesamt so einfach wie möglich sein, einen Aufenthalt im EU-Ausland zu organisieren. Ich bin davon überzeugt, dass die Mobilitätsquoten dann die Zielvorgaben erreichen – wenn nicht sogar übertrumpfen – werden. So werden EU-Gelder sinnvoll investiert.

Und nun zu guter Letzt darf ich noch zum Tagesordnungspunkt 24 überleiten und meine Rede mit folgendem Appell an die Bürgerinnen und Bürger schließen: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und beteiligen Sie sich an der Europawahl 2019, damit die EU durch Ihre Stimme demokratisch und ambitioniert weiterentwickelt werden kann! Besonders betonen möchte ich hier auch noch einmal, dass – auf Antrag – auch Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, zur Wahl gehen dürfen – ein Wahlrecht, das die Küstenkoalition im Übrigen auch bereits zur letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein ermöglicht hatte. Europa als Ganzes und die EU im Besonderen stehen vor großen Herausforderungen und Veränderungen.

Eine Weiterentwicklung ist unumgänglich. Wir brauchen einen frischen Wind in Europa! Gleichzeitig müssen wir unser solidarisches, soziales und freiheitliches Europa stets aufmerksam verteidigen und immer wieder aufs Neue stärken. Insgesamt ist und bleibt es daher unsere Pflicht, den heutigen und den zukünftigen Generationen die besten Möglichkeiten zu bieten. In diesem Sinne stehen und werben wir für ein zukunftsfähiges, dynamisches und vernetztes Europa – vielen Dank!